

**MMag. Heidrun Maier-de Kruijff**

Geschäftsführerin

A-1010 Vienna · Stadiongasse 6-8

Tel. +43/1/408 22 04-DW 12 · Fax: 408 26 02

Mobile: +43/650/9506608

Email: [heidrun.maier-dekrujff@voewg.at](mailto:heidrun.maier-dekrujff@voewg.at)

Grünbuch: Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030

<b>Stellungnahme des Verbands der kommunalen Unternehmen Österreichs</b>
--

02. Juli 2013

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Europäische Union hat eine Vielzahl an energiepolitischen Zielen definiert, die sich an ambitionierten und für zukünftige Generationen wichtigen Klimaschutzzielen orientieren. Die Herausforderungen reichen von der Senkung der Treibhausgasemissionen, dem Ausbau des Anteils der Erneuerbaren Energie (EE) am Stromverbrauch, der Senkung des Primärenergieverbrauchs und der Steigerung der allgemeinen Energieeffizienz.

Ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum bedeutet neben der Entwicklung einer wissens- und innovationsgestützten Wirtschaft, die hohe Beschäftigung und einen ausgeprägten sozialen und territorialen Zusammenhalt zum Ziel hat, die Förderung einer ressourcenschonenden und ökologischeren Wirtschaft. Im Rahmen dieser Konsultation ist zu erörtern, welchen gesetzlichen und politischen Rahmen wir dieser Strategie geben. Spricht sich die derzeitige Mehrheit für einen rein marktwirtschaftlichen Ansatz aus, so tritt der VKÖ für einen ganzheitlichen Ansatz ein. Dafür muss ein Rechtsrahmen geschaffen werden, der umweltfreundliche und nachhaltige Technologien und Verfahren fördert sowie Innovationen innerhalb des Wettbewerbs.

Den kommunalen Energieunternehmen kommt dabei eine zentrale Schlüsselfunktion zu. Ihr Beitrag zu einer ökosozialen Marktwirtschaft macht sie für eine nachhaltigkeitsgerechte Zukunft der Energiewirtschaft im europäischen Sinne unverzichtbar. Im Mittelpunkt öffentlichen Interesses steht die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Grundversorgung von Elektrizität zu Preisen, die für alle erschwinglich sind. Kommunale Unternehmen sind die verlässlichsten Partner in der Erbringung von Dienstleistungen allgemeinen Interesses und tragen somit maßgeblich zur Versorgungssicherheit im Bereich elektrischer Energie in Österreich bei. Sie garantieren, dass der hohe Standard von Energiedienstleistungen zu leistbaren Preisen beibehalten werden kann. Durch Kooperationen mit Städten und Gemeinden tragen sie maßgeblich zur regionalen Wertschöpfung und einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Regionen bei. Mit kontinuierlich hohen Investitionen in die bestehende Infrastruktur wie etwa in die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energietechnologien ermöglichen kommunale Unternehmen eine qualitativ hochwertige und umweltbewusste Versorgung auf Basis eines wettbewerbsfähigen Erzeugungs- und Verteilermarkts. Dieser hohe finanzielle Aufwand ermöglicht durch die sukzessive Integration von erneuerbaren Energien und anderen zukunftssträchtigen Technologien wie etwa Intelligente Netze.

Der VKÖ begrüßt daher die Veröffentlichung des EU Grünbuchs „Ein Rahmen für die Klima- und die Energiepolitik bis 2030“. Dieses Grünbuch steht unserer Ansicht nach am Beginn einer umfassenden Debatte zu den energie- und umweltpolitischen Zielen

der Europäischen Union und den damit einhergehenden legislativen Maßnahmen für die Periode post-2020.

## **1. ENERGIE UND KLIMAPOLITISCHE ZIELE**

Die drei Ziele (Treibhausgasreduktion, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien) können bei entsprechender Ausgestaltung ihren Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels leisten und die Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit stärken. Auf europäischer Ebene definierte Ziele sind erforderlich, um Investitionssicherheit in energieeffiziente und kohlenstoffarme Technologien und Dienstleistungen zu gewährleisten. Bei der Formulierung dieser Ziele ist ein Impact Assessment der betroffenen Sektoren jedenfalls erforderlich. Zudem ist sicher zu stellen, dass ein angemessener Umsetzungsspielraum auf nationaler Ebene eingeräumt ist, die den nationalen, regionalen und lokalen Rahmenbedingungen Rechnung tragen lassen. Sektorale Ziele würden der notwendigen Flexibilität auf Mitgliedstaatenebene widersprechen.

Der VKÖ spricht sich gegen ein alleiniges, derzeit breit diskutiertes CO<sub>2</sub> Reduktionsziel aus. Das dafür vorgesehene, markbasierte EU-EHS (Europäisches Emissionshandelssystem), vor dem Hintergrund des derzeitigen Preisniveaus, ist nicht in der Lage, notwendige Investitionen in kohlenstoffarme Technologien zu fördern. Der Fokus auf ein CO<sub>2</sub> Ziel würde außerdem die von uns nicht zu unterstützende Kernenergie unverhältnismäßig bevorteilen. Zudem ist das EU-EHS so anzupassen, dass alle Akteure einen gerechten Beitrag leisten. Die derzeitige Ungleichbehandlung einzelner Sektoren konterkariert das europäische Ziel der Senkung des Primärenergieverbrauchs und der Steigerung der allgemeinen Energieeffizienz. Zur Erreichung der Energie- und Klimaziele der EU bedarf es eines funktionierenden EHS-Handelssystems, einer weitreichenden Ausnutzung der Energieeffizienzpotenziale sowohl in der Energieerzeugung als auch im Endenergieverbrauch sowie eines durchdachten Regel- und Förderwerkes im Zusammenhang mit erneuerbaren Energieträgern. Diese drei Blickfelder müssen kohärent und sich gegenseitig unterstützend wirken und dürfen in keinem Fall in Konkurrenz zueinander stehen.

Derzeit gibt es Überschneidungen der 20/20/20 Ziele bzw. sogar Zielkonflikte. So ist z.B. der Ausbau der KWK und Fernwärme ein erklärtes EU-Ziel, nachdem diese Technologien einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Energieeffizienzziele leisten (vgl. Energieeffizienzrichtlinie). Im Gegensatz zu CO<sub>2</sub>-intensiveren Einzelfeuerungen, wie z.B. Öl-Kessel, werden diese Anlagen im Emissionshandel massiv belastet. Es gibt ab 2013 keine Gratiszuteilung für Strom und sinkende Gratiszuteilungen für Wärme. Überschneidungen und Zielkonflikte müssen unserer Ansicht nach analysiert und behoben werden. Nur eine fundierte Analyse der

bisherigen Maßnahmen, Wechselwirkungen und Auswirkungen ermöglicht einen zielgerichteten Vorschlag bis 2030.

## **2. ZIELE FÜR ERNEUERBARE ENERGIE**

Der VKÖ hält EE-Ziele im Sinne eines langfristigen strategischen Rahmens für mehr Investitionssicherheit für sinnvoll. Der VKÖ spricht sich jedoch gegen die Weiterführung des derzeitigen, unkontrollierten Ausbaus Erneuerbarer aus, der die Systemstabilität der europäischen Energiewirtschaft gefährdet. Die Entwicklungen um den Ausbau der erneuerbaren Energien am Energiebinnenmarkt müssen nun hinsichtlich ihrer Vor- und Nachteile analysiert und für die post-2020 Periode optimiert werden. Der VKÖ begrüßt diesbezüglich die Konsultation, die den betroffenen Akteuren die Möglichkeit bietet, die Entwicklungen aus ihrer wirtschaftlichen Sicht zu kommentieren.

Der Ausbau der Erneuerbaren hat massive Auswirkungen auf die Stabilität der Übertragungs- und Verteilernetze in Europa. Denn die Kapazitäten unserer Übertragungs- und Verteilernetze sind auf Basis eines gerichteten Lastflusses von bedarfsnahen Kraftwerken hin zum Verbraucher geplant und ausgelegt worden. Durch die großflächige Einspeisung dezentraler, erneuerbarer Energien stehen Verteilernetze somit vor der Herausforderung wechselnder Lastflüsse und - angesichts des raschen Ausbaus - einem wachsenden Kapazitäts- und Innovationsbedarfs. Der Ausbau von erneuerbaren Energieträgern kann also nur parallel zum Ausbau und zur Modernisierung der Strom- und Gasnetze erfolgen. Dabei liegt der aktuelle Fokus der EU klar und deutlich auf den Übertragungsnetzen. Die Integration der großteils dezentral stationierten EE-Anlagen kann aber nur geschehen, wenn auch das Verteilnetz dafür gerüstet ist.

In Österreich und unseren Nachbarländern (vor allem in Deutschland) ist es zu einem sprunghaften und systemrelevanten Ausbau volatiler Erneuerbarer im Elektrizitätssektor gekommen. Durch die gemeinsame Preiszone mit Deutschland kommt es in Folge zu Marktverzerrungen, die effiziente Gas-KWK-Anlagen aber auch Speichertechnologien vermehrt aus dem Markt gedrängt haben. Einige Technologien wie Fotovoltaik oder Windkraft haben Marktreife erlangt oder werden diese in absehbarer Zeit erreichen. Diesen Änderungen am Energiesystem gilt es in einer zukunftsweisenden Energiepolitik Rechnung zu tragen, damit Energie weiterhin für alle Bürger erschwinglich bleibt. So müssen Erneuerbare Energien im Elektrizitätsbereich an den Markt herangeführt und mittelfristig in den Strommarkt integriert werden. Unter passenden Rahmenbedingungen bedeutet dies für marktreife Technologien eine Direktvermarktung samt Übernahme des Ausgleichsenergie-Risikos.

Die Verdrängung der hocheffizienten KWK durch den Ausbau der Erneuerbaren hat auch Folgen für den Ausbau. Aufgrund ihrer Flexibilität sind sie ein wichtiger Baustein für die Integration volatiler Erneuerbarer Energien. Hocheffiziente KWK-Anlagen sind die effizientesten und kohlenstoffärmsten Kraftwerke zur thermischen Elektrizitätserzeugung und bieten außerdem die Möglichkeit einer nachhaltigen Versorgung der Bürger mit kostengünstiger Wärme. Die hocheffizienten Gas-KWK-Anlagen sind damit ein wesentlicher Erfolgsgarant für die Erreichung der

Energieeffizienz- und Klimaziele der Europäischen Union. Aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen ist die wirtschaftliche Situation der Gas-KWK-Anlagen jedoch sehr angespannt. Die Erzeugung aus hocheffizienten KWK-Anlagen ist deutlich gesunken. Um den kontinuierlichen Betrieb von hocheffizienten KWK-Anlagen unter den derzeitigen Rahmenbedingungen (sinkende Preise für den Rohstoff Kohle, steigende Preise für Erdgas sowie fallende Strompreise) zu gewährleisten, bedarf es einer gezielten zeitlich befristeten Unterstützung. Durch die fehlende Förderung in Österreich entsteht heimischen KWK-Betreibern außerdem ein Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Mitbewerbern am gemeinsamen Energiemarkt. Der Ausbau erneuerbarer Energie muss besser gesteuert und mit dem Netzausbau sowie Reserve- und Speicherkapazitäten abgestimmt werden. Hierfür sind leistungsfähige Verteilnetze und ausreichend Back-Up Kapazitäten (Gas, KWK) zum Ausgleich der Volatilität der Erneuerbaren erforderlich.

Zusammengefasst werden Erneuerbaren Energien in Zukunft eine zentrale Rolle einnehmen und daher eine angemessene Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems übernehmen müssen. Dies ist unter den heutigen Rahmenbedingungen nicht der Fall.

### **3. EMISSIONSZIELE**

Bei der Gestaltung des Politikrahmens bis 2030 ist es auch im Emissionshandel notwendig, die Konjunkturlage sowie Wachstum und Beschäftigung zu berücksichtigen. Zur Erhöhung der Effektivität ist der Abschluss eines internationalen Klimaabkommens von besonderer Bedeutung.

Die Entwicklung am EU-EHS, die einen besonders niedrigen Emissionspreis hervorgebracht haben, können keine Anreize in CO<sub>2</sub> arme Technologien setzen. Ganz im Gegenteil erleben wir eine Renaissance der billigen aber CO<sub>2</sub> intensiven Braunkohlekraftwerke. Diese ungeplante Entwicklung in schmutzige Technologien fördert die Verdrängung kohlenstoffarmer, effizienter Anlagen aus dem Strommarkt hingegen massiv.

Ein alleiniger Fokus auf den Handel mit Treibhausgasemissionen ist kein funktionierendes Instrument den Ausstoß an klimaschädlichen Gasen zu reduzieren. Aspekte, wie die Entwicklung der Erneuerbaren Energien, deren Auswirkungen auf die Strompreise und die Infrastruktur aber auch die Brennstoffpreisentwicklung (z.B.

bei Kohle und Gas) müssen einer übergreifenden analysiert werden. Es bedarf daher ergänzender Maßnahmen bezüglich Marktdesign, Fördersysteme und Effizienzanforderungen, um das politische Ziel einer nachhaltigen, sicheren und kostengünstigen Energieversorgung sicherzustellen. Außerdem muss für die Erreichung des Treibhausgasemissionsminderungsziels auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene nicht nur der Emissionshandelssektor sondern auch der Nicht-Emissionshandelssektor einen wesentlichen Beitrag leisten

#### **4. ENERGIEEFFIZIENZ-ZIELE**

In den vergangenen Jahren wurden wichtige Weichen für mehr Energieeffizienz in Europa gesetzt. Dazu zählen die Energieeffizienzrichtlinie, die Richtlinien zum Ökodesign und die Richtlinie zur Gesamtenergiebilanz von Gebäuden. Grundsätzlich ist der VKÖ der Meinung, dass zunächst die Ergebnisse der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie abzuwarten sind, um konkrete Effizienzziele für die Periode 2020-2030 zu formulieren. Für den VKÖ stellt das Energieeffizienz-Ziel ein Schlüsselziel dar, um den allgemeinen klimapolitischen Zielen gerecht zu werden. Denn ein effizienter Umgang mit Primärressourcen trägt zur Emissionsreduktion, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit bei. Daher ist auch eine primärenergetechnische Sichtweise einzunehmen.

Der Wärme- und Kältesektor ist für 40 % des Endenergiebedarfs verantwortlich. Die KWK-Technologie, Fernwärme und Fernkälte ermöglichen in diesem Sektor erhebliche Primärenergieeinsparungen. Sie leisten daher bei der zukünftigen Ausgestaltung des Energiesystems einen signifikanten Beitrag zur Effizienzsteigerung, reduzieren dadurch CO<sub>2</sub>-Emissionen und stärken die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Weiteres sind diese Technologien für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit der Strom- und Wärmeversorgung unabdingbar.

#### **5. AUSGESTALTUNG DES ZUKÜNFTIGEN ENERGIEMARKTDESIGNS**

Ein Energiesystem nach den von der Gesellschaft weitgehend akzeptierten Klimazielen, verfügt über ausreichend Kapazitäten an kohlenstoff-armen bis -neutralen Erzeugungskapazitäten. Dafür muss der Markt die notwendigen Anreize für den Ausbau der Erzeugungskapazitäten, der Speicherkapazitäten und der korrespondierenden Netzinfrasturktur bereitstellen. Wie die europäische Kommission in ihrer Mitteilung zum Energiebinnenmarkt richtigerweise festgestellt hat, setzt der Markt derzeit unzureichend Akzente in notwenige Investitionen. Vor diesem Hintergrund hat eine breite Diskussion über die Zukunft des Energiemarktdesign auf europäischer Ebene begonnen. Die Konsultation zu Kapazitätsmechanismen hat eine offene Diskussion aller Stakeholder eingeleitet.

Infrastrukturinvestitionen sind langfristige Investitionen, von denen insbesondere auch zukünftige Generationen profitieren werden. Als Vertreter der

Kommunalwirtschaft ist es dem Verband ein Anliegen, dass Investitionen direkt in der Region getätigt werden, um vor Ort einen Mehrwert schaffen. Es muss auch im zukünftigen Gesetzesrahmen den nationalen Regierungen möglich sein, den Aufbau einer nachhaltigen

Energieversorgung aktiv zu fördern, wobei vor allem das öffentliche Interesse nach einer sicheren, nachhaltigen und erschwinglichen Energieversorgung im Mittelpunkt der Diskussionen stehen muss.

## **6. NETZINFRASTRUKTUR**

Der VKÖ ist der Ansicht, dass eine Kopplung der Großhandelsstrommärkte notwendig ist, um den Binnenmarkt zu vollenden. Mindestens ebenso wichtig ist allerdings der Netzausbau an sich, um die gewollte Integration der volatilen Einspeisung aus erneuerbaren Energieträger systemtechnisch überhaupt erst zu ermöglichen. Energiespeicher können derzeit die Funktion der Netzintegration nur unzureichend erfüllen. Der überwiegende Anteil EE ist im Verteilnetz angeschlossen, der Ausbau hier kann eine Vermeidung des Ausbaubedarfs auf Übertragungsnetzebene bedeuten.

Aus Sicht des VKÖ setzt die Verordnung zu den Leitlinien für eine transeuropäische Energieinfrastruktur, die auch Grundlage für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 bilden soll, insgesamt jedoch unzureichende Akzente, um die Energieinfrastruktur auf Ebene der Europäischen Union auszubauen. Die in der Verordnung enthaltenen Regelungen zu Vorhaben von gemeinsamem Interesse (VGI) müssen mit Blick auf die Zielsetzung der Verordnung - Binnenmarkt stärken & Integration der erneuerbaren Energien verbessern - die Verteilnetzebene stärker und praxisgerechter berücksichtigen, sonst läuft die Verordnung Gefahr, ihren Zielen nicht gerecht zu werden.

Darüber hinaus sieht der VKÖ ebenfalls die Notwendigkeit, den Fokus auf die Investitionen in die Infrastruktur zu legen. Hierzu ist es beispielsweise unabdingbar, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass getätigte Investitionen ohne zeitlichen Verzug in der Erlösobergrenze von Verteilnetzbetreibern anerkannt werden. Wir begrüßen die Bestrebung der Kommission, die Nutzung der Energieinfrastruktur mit Hilfe der Netzkodizes effizienter zu gestalten.

Auch bei der Entwicklung der Netzkodizes sollte die Kommission sich dafür einsetzen, größtmögliche Kohärenz zu gewährleisten sowie mögliche Investitionen, die aufgrund der Erfüllung der Vorschriften der Netzkodizes entstehen können, in den Regulierungsregimen der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen.